

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubener Str. 5/6, und durch Postanstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Anzeigenpreis beträgt für die einseitige Colonettzeile oder deren Raum 30 Pf. Anzeigenpreis für die nächste Nummer 40 Pf. Anzeigenpreis für die nächste Nummer 40 Pf. Anzeigenpreis für die nächste Nummer 40 Pf. Anzeigenpreis für die nächste Nummer 40 Pf.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 51.

Breslau, Mittwoch, den 1. März 1916.

27. Jahrgang.

Kritische Stunden!

Die Eröffnung des verschärften Seekrieges gegen bewaffnete Handelsschiffe steht dicht bevor und damit die Frage der weiteren Haltung Amerikas. Reuters Bureau weiß denn auch aus Washington zu melden, und Wolffs Bureau gibt es weiter: Deutschland hat Graf Bernstorff beauftragt, den Vereinigten Staaten mitzuteilen, daß die Versicherungen, die bei der „Inkstania“ und „Arabia“ Angelegenheit gegeben wurden, noch immer gelten, aber nur auf friedliche Handelsschiffe bestehen. Wie verlautet, will Deutschland daran fest, daß bewaffnete Handelsschiffe, wie immer ihre Bewaffnung sein möge, der Zerstörung ohne vorherige Warnung unterliegen. Ferner hat Graf Bernstorff der Regierung mitgeteilt, daß Deutschland keinen Anlaß sehe, seine Anweisungen zur Versenkung bewaffneter Handelsschiffe ohne Warnung abzuändern oder ihr Inkrafttreten hinauszuschieben. Der Vertreter Oesterreich-Ungarns hat der Regierung eine ähnliche Mitteilung gemacht.

In Amerika ist man ziemlich allgemein der Ansicht, daß Wilson es zum Kriege mit Deutschland treibt, indem er sich weigert, die Amerikaner vor der Fahrt auf bewaffneten Schiffen zu warnen. Er tut also nichts gegen diese gefährliche Weise, er will nicht hindern, daß die Amerikaner in diese Gefahr begeben und schafft also im Fall eines vorhersehenden Unfalls schon den Konfliktstoff, der dann aus dem Schutze amerikanischer Bürger ergibt. Deshalb hatten am 21. Februar die Parteiführer der amerikanischen Demokraten eine Konferenz beim Präsidenten Wilson über die Frage, wie sich Amerika zu dem Handelskrieg verhalten solle. Insbesondere wurde darüber beraten, ob man die amerikanischen Bürger vor der Reise auf bewaffneten Handelsschiffen warnen solle. Diese Besprechung nahm, wie erst jetzt bekannt wird, einen äußerst lebhaften Verlauf. Niemals in der Geschichte gab es solch eine Revolution im Kongreß gegen die Regierung. Der Kongreß ist überzeugt, daß Wilsons Haltung zum Kriege führen muß. Dieser Eindruck vertiefte sich, als die drei demokratischen Führer eine höchst dramatische Konferenz mit dem Präsidenten hatten. Wilson unterrichtete die Parteiführer, er werde nahezu in jedem äußersten Schritt gehen, um das Recht amerikanischer Bürger zu schützen, auf bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Senator Stone schlug darauf mit der Faust auf den Tisch und fragte erregt den Präsidenten: „Wollen Sie mir eine Binde um die Augen und den Verstand ziehen? Sie haben kein Recht, von mir zu verlangen, daß ich Ihnen auf einem derartigen Wege folge, der den Krieg bedeutet.“

Welche Folgen eintreten müßten, wenn es doch zu einem Kriege kommen sollte, das hat Naumann in der

„Hilfe“ besprochen. Er nennt es eine durchaus falsche Auffassung, daß uns die Amerikaner in Zukunft nicht schwerer schädigen könnten als bisher. Dabei wird ganz außer acht gelassen, so sagt Naumann, daß vom Tage einer etwaigen Kriegserklärung an folgende Erscheinungen eintreten müssen:

1. Die Kriegsmarine der Vereinigten Staaten, die im Jahre 1913 mit 160 Fahrzeugen, 1531 Kanonen und 282 Panzerkreuzern angegeben wurde, in der es 33 Schlachtschiffe, 10 Panzerkreuzer, 24 Kreuzer gab und die heute schon noch etwas stärker ist, stellt sich dann unmittelbar neben die englische Flotte, solange sie nicht teilweise durch japanische Besorgnisse zurückgehalten wird. Der letztere Fall ist sehr unsicher und wird leicht von uns aus zu jetzt eingerechnet. Damit steigt die Möglichkeit der vollen Blockade.
2. Die nordamerikanische Armee bedeutet zwar im Frieden nur etwa 90 000 Soldaten und 5000 Offiziere, aber man muß annehmen, daß im Falle einer Kriegserklärung in den Vereinigten Staaten ein Wehrsystem eingerichtet wird, das ähnliche Ausdehnung gewinnen kann wie das englische. Die sogenannte organisierte Miliz würde dazu eine Grundlage abgeben. Da jetzt schon alle kriegsfähigen Staaten mit frisch eingestellten Truppen junger und alter Jahrgänge arbeiten, könnte das amerikanische Heer im Laufe eines halben Jahres eine sehr beachtliche Größe erlangen.
3. Die meisten Schiffe der deutschen Handelsmarine, die jetzt in nordamerikanischen Häfen liegen, würden ganz oder völlig für uns verloren.
4. Die große, täglich wachsende Kapitalkraft der Amerikaner ist eine unabsehbare Kriegsverlängerung, sobald sie staatlich durch nordamerikanische Kriegsanleihen in den Kampf eingezogen wird. Schon jetzt haben die Vereinigten Staaten einen geradezu glänzenden Staatshaushalt. Die Staatsausgaben betragen in der Vereinigten Staatenverwaltung etwas über vier Milliarden Mark, in den Staaten und Territorien nur etwa 1,2 Milliarden. Amerika kann seine Mittelmächtigkeiten fast beliebig lange unterstützen und für alle Zukunft ihr Glanzstück werden.
5. Alle Ausfahrten der Vereinigten Staaten nach Mitteleuropa auf direkten und indirekten Wegen hörten dann auf.

Der Druck der Gegner auf alle kleineren Neutralen wäre dann geradezu unübersehbar. Selbst wenn die Amerikaner sehr große innerpolitische Schwierigkeiten, vor allem den Widerstand des deutschen Elementes, zu überwinden hätten, würde uns ihre Kriegserklärung neue und schwere Opfer auferlegen, über die wir nicht wie der Viertelpolitiker mit einer Handbewegung hinwegsehen können. Daraus ergibt sich die Frevollheit jener Heimkrieger, die dem Kanzler und dem Auserwählten Amt den Vorwurf machen, daß sie nicht früh genug gegenüber Amerika aufgetreten sind.

Vor Verdun

steht die Schlacht. Das heißt, sie geht weiter, aber die Gegner messen sich mit ebenbürtiger Kraft, ohne wesentliche Änderungen des Besitzes herbeiführen zu können. Der deutsche Bericht meldet die Erstürmung eines kleinen Panzerwerkes, den weiteren Rückzug der Franzosen im östlichen und südöstlichen Boevregebiet und die Eroberung von 78 Geschützen, darunter auch schweren neuester Art. Die Zahl der Gefangenen stieg auf 16 800, darunter 228 Offiziere. Von Gefangenen wissen die französischen Berichte fast gar nichts zu berichten, geben aber den Verlust von Navarin zu. Bei Verdun dagegen bestreiten sie jeden weiteren Fortschritt der Deutschen und behaupten nach wie vor, daß sie das verlorene Fort Douaumont eng umschlossen halten. Sie wollen auch Angriffe auf das Dorf Douaumont, auf Fresnes und die Eisenbahnstation Eze zurückgewiesen und eine kleine Redoute wiedergewonnen haben. Der Kampf wogt also mit wechselndem Erfolge hin und her und in welchem Maße schwankt die Stimmung der Pariser zwischen tiefer Beunruhigung und erleichtertem Atempolen. Ein geheimer Angriffsbefehl Joffres gibt zu, daß der Feind bei kleinen örtlichen Angriffen jedesmal Erfolg hatte und ordnet deshalb mehr Aufmerksamkeit und Gegenangriffe an. Was in die englische Armee wird die neue Offensive wirksam. Hervorragende englische Offiziere sind nach Verdun abgereist, um dort verschiedenen Ressorts zugeteilt zu werden. Vor ihrer Abreise erklärten sie: Die Schlacht entscheidet also über uns Engländer ebenso wie über die Franzosen. In diesem Moment gibt es nichts anderes als Losschlagen von der Nordsee bis Belfast.

Dieses Losschlagen hat allerdings noch nicht begonnen, wird aber wohl von der Bevölkerung befürchtet. Seit Mittwoch findet eine andauernde Flucht aus der Maasgegend statt. Es handelt sich hauptsächlich um die Bewohner der Ortschaften Wenehout, Revoigny, Barleduc und Commercy. Nach den Erzählungen von Flüchtlingen aus Verdun in Pariser Blättern waren am Sonnabend bereits 150 Häuser in der Stadt selbst durch das deutsche Bombardement zerstört. Am Mittwoch befanden sich noch ungefähr 4000 Einwohner in der Stadt. In Lyon treffen seit 48 Stunden unaufhörlich zahllose Sanitätszüge ein. Alle Spitäler der Stadt und des Südoberlandes sind mit Verwundeten belegt.

Sollte man in Frankreich noch nicht bald einsehen, daß ein vernünftiger Friede dieser Massenabschlachtung vorzuziehen ist?

Die Steuervorschläge der Regierung.

Die Grundzüge der „kleinen Finanzreform“ sind nunmehr amtlich bekannt gegeben. Neben der Kriegsgewinnsteuer, deren nicht abzuschätzender Ertrag zur Deckung der Einnahmeausfälle des Kriegeszustats für 1916 bestimmt ist, sollen die Tabakabgaben soweit erhöht werden, daß sie 130 Millionen Mark mehr liefern, eine mit den Post- und Telegrammgebühren zu erhebende Reichsabgabe soll 200 Millionen liefern, aus dem Frachtunterschiedtempel hofft man 60 Millionen mehr zu gewinnen, und von einer Quittungssteuer verspricht man sich einen so reichen Ertrag, daß die neuen Steuern — ohne die Kriegsgewinnsteuer — zusammen 500 bis 600 Millionen Mark ergeben.

Wir kennen das Spiel mit den „kleinen“ und „großen“ Finanzreformen schon einigermaßen. Die Dinge nehmen aber jetzt infolgedessen eine andere Gestalt an, als die „kleine“ Finanzreform schon um ein Beträchtliches die größte der „großen“ Finanzreformen früherer Jahre in den Schatten stellt. Geht es einmal an die Lösung des Rentenproblems, die Mittel für die Erfüllung der dauernden Verpflichtungen des Deutschen Reichs aus der Kriegszeit zu beschaffen, so verfügen alle durch die Erfahrung gewonnenen Maßstäbe.

Die ersten Vorschläge der Regierung sind nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Wie in allen früheren Steuerkämpfen, so wird auch jetzt wieder einer großzügigen Neugestaltung der Steuerverhältnisse des Deutschen Reichs und seiner Gliedstaaten ausgemichen. Man greift wieder zu einem Gemisch von Steuerabgaben, die nicht nach der Leistungsfähigkeit der Zahler bemessen sind, sondern sie ganz willkürlich beim Verbrauch oder bei der wirtschaftlichen Tätigkeit treffen. Gesten den Verhältnissen schon in Friedenszeiten schwere Mängel an, so sind sie doppelt verwerflich in der Kriegszeit, in der alles darauf an die Förderung des Verkehrs, des Umsatzes im Wirtschaftsleben, gerichtet sein muß. Rückfragen dieser Art mögen es gewesen sein, die

den Plan einer erneuten steuerlichen Belastung des Eisenbahn-Personenverkehrs zum Scheitern brachten. Aber dieselben Gründe, die gegen diesen Plan sprechen, stehen auch der Beseitigung des Güter-, des Zahlungs- und des Postverkehrs im Wege. Auch diese Steuern hemmen den Blutlauf des Wirtschaftslebens. Die schärfere Besteuerung des Tabaks und der Zigaretten aber wird, abgesehen von der ungleichen Belastung der Raucher, ruiniös auf die ganze Tabakindustrie wirken. Können wir heute und in der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden solche gewaltigen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die großen Industriezweigen den Lebensadern unterbinden und Zehntausende von Arbeitskräften der Erwerbslosigkeit aussetzen, ertragen? Diese Frage wird der Reichstag gründlich zu prüfen haben.

Mit welchen neuen Einnahmen wir die unentbehrlichen Mittel beschaffen wollen? Unsere Genossen im Reichstag haben es deutlich und mit durchschlagender Begründung gesagt: der große Besitz, der den Vaterlandsvorteilern den allergrößten Dank schuldet, soll zunächst einmal nach einem einheitlichen, die Leistungsfähigkeit berücksichtigenden Maßstab ein angemessenes Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederlegen. Da wir leider eine Reichseinkommensteuer noch nicht haben, muß auf den Wehrbeitrag zurückgegriffen werden, der für die vorübergehende Belastung des Einkommens und Vermögens einen brauchbaren Maßstab liefert. Sah man sich im Friedensjahr 1913 veranlaßt, dem Besitz eine außerordentliche Abgabe für Rüstungszwecke aufzuerlegen, so rechtfertigt es sich dreifach in der Kriegszeit, diese Abgabe in einem den finanziellen Bedürfnissen genügenden Maße zu wiederholen. Die Kriegsgewinnsteuer, die selbstverständlich unsere Unterstützung findet, ist kein Ersatz dafür. Sie soll nur den in den Kriegsjahren erzielten Vermögenszuwachs der Einzelpersonen in einem etwas stärkeren Maße als im Friedensjahre versteuern, während die Einkommensteuer

größeren gegenüber dem letzten Friedensjahr erzielten Mehrerwerb sowohl der Einzelpersonen als der Unternehmenseinheiten mit einem Zuschlag treffen. Vermögen, die in den Kriegsjahren keinen den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Zuwachs erfahren, bleiben verschont. Warum aber soll eine reiche Familie, die ihren Vermögensstand dank der Tapferkeit unserer Soldaten erhalten oder mäßig steigern konnte und die wirtschaftlich vom Krieg nichts zu spüren bekam, von der Kriegsabgabe befreit bleiben? Dazu kommt noch, daß die Kriegsgewinnsteuer in einer Weise berechnet werden soll, die den Verdacht nahelegt, als solle der Schein einer viel stärkeren Belastung erweckt werden, als sie in Wirklichkeit geplant ist. Die Steuerätze sind viel zu niedrig, die Berechnung des Vermögenszuwachses und des Mehrerwerbs erfolgt viel zu schonend, besonders bei den Gesellschaften, bei der sie weit zurückbleibt hinter den mit dem vorbereitenden Sperrgesetz geweckten Erwartungen. Schließlich aber ist es ein ganz ungeheuerliches Ansehen an den Reichstag, den keinen Anlaß der Erbschaftsteuer — auch der direkten Abkömmlinge —, der mit dem Besitzenergesetz erreicht war, mit dem Kriegsgewinnsteuergesetz wieder zu zerstören. Die Regierung tritt mit diesem Vorschlag einen äußerst gefährlichen Weg. Sie sollte nicht vergessen, welche Erschütterungen in der Geschichte der Staaten schon durch Steuerkämpfe hervorgerufen wurden.

In einer Zeit, in der ein dauernder Jahresbedarf von Milliarden sich anhäuft, das bisherige Erbschaftsteuergesetz, das wir errungen hatten, wieder abzubauen und dafür den Verbrauch und Verkehr zu belasten, ist ein gefährliches Beginnen. Die Antwort auf diese Zumutung wird lauten müssen: Her mit einer kräftigen Erbschaftsteuer, die viele Hunderte von Millionen bringen kann, ohne das Wirtschaftsleben zu stören und ohne einen einzigen Mannchen der Not auszuliefern.

Der Krieg auf den Meeren.

Havre, 29. Februar. Die „Agence Havas“ meldet: Der Schopper „Nu Revoit“ wurde von einem Unterseeboot torpediert und versenkt. Die Besatzung ist gerettet. (Havre Regattier führt einen Dampfer „Nu Revoit“ mit 1055 Tonnen auf, der in Boulogne beheimatet ist.)

London, 29. Februar. Lloyd meldet: Der englische Dampfer „Southford“ ist versenkt worden; zwei Mann sind umgekommen.

Landskrona 29. Februar. Der Kapitän des schwedischen Dampfers „Thorborg“, der im Mittelmeer versenkt wurde, berichtet: Der Dampfer ist von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot vierzig englische Meilen von Marseille versenkt worden. Die Besatzung wurde von einem spanischen Dampfer gerettet und nach Liverpool gebracht.

Stockholm, 29. Februar. Der Dampfer „Kinopla“ (498 Tonnen) aus Goeteborg, mit Ruder von Trelleborg und Goeteborg unterwegs, ist südlich von Jallterbo auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die Besatzung ist gerettet.

Deutsches Bedauern.

Kopenhagen, 28. Februar. Die deutsche Regierung hat der dänischen überaus bedauerndes Bedauern ausgesprochen, daß ein deutsches Flugzeug am 12. Februar bei und über Kopenhagen dänisches Gebiet überflog. Die deutschen Militärbehörden haben in bestimmter Form ihre frühere Leistung erneuert, daß das Hebesliegen neutralen Gebietes nicht stattfinden darf.

Bulgarische Kammerführung.

Sofia, 29. Februar. Die Sobranie begann heute die Arbeit. Durch den Tod des Führers der demokratischen Partei, Makhnow, der im allgemeinen für die Regierung die Opposition mehr Vertrauen schenken und sie in alle Fragen einwirken. Heute sie über die abgeleiteten Bündnisverträge und die daraus erfließenden Verbindlichkeiten und Rechte ausführen. Makhnow hob hervor, daß die Sobranie insofern eine große Aufgabe, als sie über die Beschaffung von Geldmitteln durch die Einkünfte und Steuern beschloß. Es sei aber kein geringeres Standart, wenn das große Russland die wehrlose Stadt Borna besetze. Die Regierung müsse darauf bestehen, daß Bulgarien nach dem Krieg in dem rechtmäßigen Besitz aller erworbenen Gebiete bleiben könne und zu keinen Verzicht Anlaß vorhanden sei. Nach Makhnow sprach der Führer der Sozialisten, Sakarowski, der unter anderem behauptete, Bulgarien dürfe angesichts der allgemeinen Lage nur eine solche Politik betreiben, die der allgemeinen Entwicklung und dem Nebenstandesleben der Balkanländer entspreche. Namentlich dürfe man nicht etwa durch Ansprüche auf die an Rumänien verlorene Provinz die erworbenen Gebiete gefährden.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Fernrammabscorbater Dr. Erbenberger ist in Bulgarien eingetroffen. Er genießt dort längere Zeit zu bleiben.

Verordnende Einberufung Verhetzter in England. Die aus London verläutelt, daß das englische Kriegsamt alle Verurteilungen von Militärpersonen mit Ausnahme derer, die von der Regierung angeordnet sind, zurückgezogen. Ein Teil der Verurteilungen wird bestimmt in den nächsten Tagen abgerufen werden. Es handelt sich natürlich um die fremdwillig gemeindeten. Doch klärt die ganze Notiz nicht sehr glücklich auf.

Ein deutsches Kommando für Belgien. In Brüssel wird in der nächsten Zeit wieder eine konsularische Vertretung des Reichs eingerichtet. Die entsprechenden Verfügungen sind bereits ergangen. Sobald die der neuen Behörde zugeteilten Beamten in Belgien eingetroffen und der Dienstbetrieb daselbst eröffnet sein wird, wird dies mitgeteilt werden. Bis dahin empfiehlt es sich, etwaige Anfragen an die Behörde zurückzuhalten.

Die 467. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Pionier-Regimenter: Nr. 6, 10, 23, 28, 46, 62, 63, 134, 155, 156, 157; Reserve Nr. 7, 23; Landwehr: Nr. 7, 23, 23; Landsturm-Infanterie-Bataillone 2. Jauer, 1. Siegnitz. — Pioniere: 1. Nr. 5. — Train: Abteilung Nr. 6. Marine-Verlustliste Nr. 67.

Politische Uebersicht.

Vorbereitung der neuen Krieganleihe. Der preussische Kultusminister von Trost zu Solz macht in einem Galah die Lehrer zur Mitarbeit bei den Zeichnungen für die neue Krieganleihe mobil. Man will diesmal die Landbesitzerung ganz besonders heranziehen und bei den reichen Einnahmen, die den Landwirten während des Krieges zugeflossen sind, wird man damit vermutlich Erfolg haben.

Bruch eines Burgfriedens. Im Fürstentum Lippe ist ein Landtagsmandat ertheilt, das bis jetzt in den Händen der Nationalliberalen war. Ohne nun erst mit dieser Partei eine Verständigung zu suchen, haben die Konservativen einen eigenen Kandidaten aufgestellt, weshalb sie jetzt von den Nationalliberalen des Bruches des Burgfriedens beschuldigt werden.

Stadtratswahlen unter dem Burgfrieden. In der Stadt Kassel war es vor dem Kriege den Gegnern der Sozialdemokratie durch eine schieferliche Hege unter Führung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gelungen, unsere Genossen bis auf einen aus dem Stadtparlament zu verdrängen. Während des Krieges machten sich nun wiederum die Stadtratswahlen nötig. Bei diesen Kriegswahlen einigten sich aber die bürgerlichen und die Beamten-Bezirke mit der sozialdemokratischen Partei auf eine gemeinsame Liste. Bei der jetzt stattgefundenen Wahl wurden neben zwei bürgerlichen Kandidaten die beiden Genossen Thöne und Dauschild auf sechs Jahre, sowie ein Mittelständler auf zwei Jahre gewählt. Trotzdem die Stimmen öffentlich abgegeben werden mußten, wurde das Inkommen doch ehrlich eingehalten und Streichungen erfolgten fast nicht. Auch die Staats- und Gemeindebeamten, die wiederum das Gros der Wähler bildeten, stimmten durchweg für die beiden Sozialdemokraten.

Ausland.

Keine Wahlreform in Ungarn. Im ungarischen Abgeordnetenhause interpellierte am Mittwoch Emanuel Bakonyi (Unabhängigkeitspartei) wegen des Wahlrechtes der zum Militär Eingetragenen. Er befürchtet, daß bei den bevorstehenden Wahlen viele infolge ihrer Einmischung das Wahlrecht verlieren würden, und verlangt deshalb die Vorlegung eines neuen Verfassungsentwurfes, der dies mit sich bringen soll. — Graf Tisza verwies auf seine bereits einmal abgegebene Erklärung, daß er eine Abänderung des gegenwärtigen Wahlrechtes nicht für zeitgemäß hält. — Auch die Opposition scheint nicht der Ansicht zu sein, daß infolge des Krieges viele Wähler ihr Wahlrecht verlieren werden. Das beweist das geringe Interesse, das die Interpellation bei der Opposition erweckt.

Parteiangelegenheiten.

Sozialdemokratischer Stadtrat in Stettin. Die Stadtverordneten-Versammlung wählte Donnerstag mit 22 von 48 Stimmen (6 Stimmgewalt waren weiß) unteren Genossen Stadtratsverordneten Meyer, Runge zum Stadtrat. Damit scheidet der erste Sozialdemokrat in das Magistratskollegium ein.

Zwischenfälle der Partei. In Offenbach (Hessen) nach der 78 jährigen Genossin Schneidermeister Karl Berg, zugehört Privatmann, der ein vorbildlich länges Mitglied war. aus dem Gefängnis entlassen wurde am Freitag der Genosse Hünneke in Bremen, der wegen Verbreitung verbotener Schriften neun Monate Gefängnis zu verbüßen hatte. Auf dem Wege der bedingten Verurteilung hat man vor vierzehn Tagen von der Strafe erlassen.

Schlesien und Posen.

Die Ferienordnung für 1916.

Die königliche Regierung zu Breslau, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, hat die die Schulen des Reichstums. Lehrsitz Breslau die Ferien wie folgt festgelegt:

- 1. Osterferien: Schluß des Unterrichts: Sonntag, den 15. April, Beginn: Donnerstag, den 27. April.
2. Pfingstferien: Schluß des Unterrichts: Freitag, den 9. Juni, Beginn: Freitag, den 16. Juni.
3. Weihnachtferien: Schluß des Unterrichts: Freitag, den 22. Dezember, Beginn: Mittwoch, den 3. Januar 1917.

Dies sind zusammen 28 Tage. Nur die Sommer- und Herbstferien sind demnach noch zusammen 22 Ferientage verbleibend. Es werden in den einzelnen Kreisen den verbleibenden Ferien entsprechend vom Landrat und dem Reichskunstpächter im gegenseitigen Einverständnis und nach Anhörung der Ortsverwaltungen bestimmt. Für die Lage und Dauer der Oster- und Pfingstferien sind in Gegenwart mit Juchaczewski im Staatsministerium zu Verhandlungen ernannt worden.

Strigona, 1. März. Todesfall. Aus der großen Familie von Nischhofen, die im politischen Leben und in der Verwaltung unserer Provinz eine gewisse Rolle spielten, ist einer, Freiherr Karl von Nischhofen, auf Nischhöhe, gestorben. Er war wie fast alle Nischhofens in Schlesien Großgrundbesitzer, ihm gehörten die Besitzungen Dambösch, Nischhöhe, Zeulau, Pohlsitz, Tschinitsch und Klein-Wandorf. Politisch gehörte der Verstorbenen natürlich zur konservativen Partei. Als deren Vertreter wurde er 1893 für den Wahlkreis Schweidnitz-Strigona in den Reichstag gewählt. Bei der Wahl 1912 konnte selbst ein Nischhofen den Kreis für die Konservativen nicht mehr halten. Er überließ ihn an unseren Großen Feldmann abtreten, der mit liberaler Unterstützung gewählt wurde. Der Verstorbenen, der noch Herrenhaus-Mitglied war, war im Jahre 1842 geboren.

Nieder-Salzbrunn, 1. März. Doppelt bestraft. Drei Monate Gefängnis erhielt vor dem Schöffengericht in Freiburg die Kellnerin Rosa Euba. Die Inneleichte hatte im Gasthaus „Zum Helm“ ihrem Unmut über die Deutschen stark Ausdruck gegeben, worauf die Verhaftung erfolgte. Außer obengenannter Strafe hatte die Kellnerin von einem Arbeiter, der die Ausfertigungen abhört hatte, einige Ohrfeigen erhalten.

Bad Zähringen, 1. März. In Rußland ermordet. Als vor vielen Monaten die Nachricht von dem Tode des Reichsammtherrn Geier, der als Gendarm-Stellvertreter im Osten stand, nach hier gelangte, war sehr bald das Gerücht verbreitet, daß Geier ermordet worden sei; das Gerücht hat seine Bestätigung gefunden. Der „Dreiecksbote“ kann darüber folgende Mitteilungen geben. Am 30. Dezember v. J. hatte er mit zwei Gendarmen einen Raubüberfall aufzuklären und begab sich dabei nachmittags gegen 2 Uhr in die Schreibstube des Gemeindevorstandes, um einen Wagen zur Verfolgung des Räubers zu beordern. Der Gemeindevorsteher war gerade abwesend, wurde aber sofort zurück erwartet. Da fürchte sich aus der in der Stube verammelten Menschenmenge von angeblich 30-40 Personen ein als Frau verkleideter russischer Landknecht Soldat auf den wartenden Gendarmen und stieß ihm einen Dolch in den Leib. In dem Ringen, das nun folgte, erhielt Gendarm Geier noch einen zweiten tödlichen Stich. Der Verbrecher wurde von zwei Landknechten, die in diesem Augenblicke dazu kamen, erschossen.

Reife, 27. Februar. Lebensmittelwucher. Zu dem Reife Lebensmittelwucher werden aus Interessentenkreisen einzelne Fälle mitgeteilt, daß es leider auch im Kreise Reife, Landwirte gibt, welche die Höchstpreise für Schweine auf sehr erhebliche und eigenartige Weise zu umgehen suchen. Ein Landwirt forderte, nach der „Presse (Rg.)“ vom Reife, daß er jedem seiner drei Kinder ein ausländisches Tringeld geben solle, sonst verkaufe er die Schweine nicht. Dem Käufer, welcher die Schweine haben mußte, blieb nichts übrig, als jeden 10 Mark in die Hand zu drücken. Ein anderer Landwirt forderte vom Käufer, daß er, der Verkäufer, die Schweine selbst nach der Stadt bringe, obwohl der Käufer seinen Wagen mit hatte und sehr nach Hause fahren sollte. Für die Fuhrer forderte der Verkäufer an Stelle des üblichen Aufwandes von 5 oder 6 Mark den enorm hohen Preis von 20 Mark. Gegen derartige Spekulationen gibt es nur das eine Mittel, daß die Interessenten jeden einzelnen Fall zur Kenntnis der Behörde bringen.

Worms (Posen), 1. März. Selbstschuß-Opfer. Ein schockierender Einbruch wurde bei dem Kaufmann W. K. im benachbarten Neumittelwalde verübt. Die Täter haben mit einem Sauerstoff-Blas die Geldschrank aufgemacht und daraus über 8000 Mark bares Geld und viele Wertgegenstände geraubt. Ein herbei-geholtter Polizeihund konnte die Spur der Diebe nicht finden.

Bromberg, 1. März. Großfeuer in einer Papierfabrik. Durch Grobfehler wurde die Illigische Papierfabrik bei Elberstadt an der Bergstraße zum Teil vernichtet. Das Feuer sprang von einem Seitengebäude auf das Hauptgebäude über, das ausgedehnt ist; gerettet konnten nur das Verwaltungsgebäude und Arbeiterwohnungen werden. Der Schaden ist durch Vernichtung von Maschinen und Bauarbeiten bedeutend und dürfte etwa eine Viertel Million betragen. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Katibor, 1. März. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich dieser Tage in einer Dampfzählerlei, indem der Geistle Richter aus Langenau in eine Säge geriet, wobei ihm beide Beine abgehauen wurden. Wenige Stunden darauf ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

Niesitz, 1. März. Blutvergiftung durch künstlichen Dünger. Von einem schrecklichen Tode ereilt wurde der Landwirt Dr. hiesigen Anwesenheit August Sode. Er hatte künstlichen Düngemittel abgemessen, dabei aber eine kleine Wunde am Finger nicht beachtet. Jetzt trat Blutvergiftung ein, an der Sode verstorben ist.

Ein Don Juan von der Wasserkante.

Von H. B. Jacobs.

Der Steuermann blaudars noch mit dem Hühner über einen Dattel (der erst jetzt seiner Beförderung das Licht der Welt erblickt hatte), welcher einst eine Erlöse geführt hätte, aber plötzlich brock er sich ab und starrte mit offenem Mund auf einen schlaffen Seemann, der eben auf das Deck kam. Aus dem Antlitz des schlaffen Seemanns blühten zwei Augen, wie jemandes, der eine weitauswärtige Anwesenheit zu sehen glaubte. Auf dem Kopf einer Gut den schwarzen Fransen, der durch dieses Bild hin hindurch hatte. Um den Bild des Seemanns zu vermeiden, verstreute er seine Arme und starrte über die Reeling hinaus in den Strom. Auf des Steuermanns Lippen zitterten einige Worte, aber sie verhallten in einem unverständlichen Hauch, als eine kleine Vogelschön von vier Seiten mit hohen Stimmen schickten aus dem Loge aufstauete und sich neben Herrn Christensen hinsetzte, um mit ihm über den Strom hinwegzufließen. „Ne, wo was lebt nicht“, rief der Steuermann. „Was soll doch aus unserer Welt noch alles werden?“ Der Steuermann blüht ihm die Antwort schuldig. „Stehs dich auf das Quertill zu und frage Christensen was er dir das besorgen hätte.“ „Was denn, Herr Steuermann?“ lautete die Gegenfrage. „Was sind das für Güte?“ sagte der Steuermann, der mit Schnocke blüht. Die vier drehten sich um und glocken ihn oben an, Nein sich aber aus zu erheben, trug, um sich gegenseitig zu unterstützen. „Was wollen der Seemann?“ antwortete Christensen in einem Tone, wie wenn damit alles erklärt wäre. „Nun, Herr“, brühte sein, so ein Unstun bald ich nicht.“ Um den Seemann. Herr Steuermann, verleihe Christensen mit großer Geduld. Wir haben unter Geld für diese Güte, welche den Seemann der Seemann, und wir wollen sehr sie auch haben.“ Er nahm den schlaffen Seemann ab und hückte ihn mit einem mit seinem Kopf, während der schlaffe Seemann sich umher auf dem Deck aufnahm. Christensen, dem der Gut über

die Augen sah, hätte sich sehr unheimlich fühlte; der Koch aber, der wohl dachte, daß der schlaffe nur oben auf einem Daube schlief, ließ sich nicht weiter kümmern. Dann ließ er einen überladenen Kuf aus, als Köch'n Lembke, der als Brauführer fungierte, mit einigen Schülern den Uferpad herabkam. Der Steuermann hatte aufgeteilt den Kuf, Kapitän am Kommando dieser am Bord kam, und machte ihn auf das Scherdecke aufmerksam. „Die Güte?“ fragte Kapitän Lembke, ich habe nichts davon.“ „Aber Kapitän Lembke?“ fuhr der Steuermann fortwährend fort. „Der? Der würde es nicht merken, und wenn es selbst nicht wäre!“ lautete Köch'n Lembke. „Er ist so aufgeregt, er weiß überhaupt nicht mehr, was er tut.“ Köch'n Lembke sprach er heraus, wie ein Verleüder, weil er einen Krug nicht ertrug, um zuletzt merkte er, daß er sein Hand noch gar nicht angezogen hatte. „Ne, der macht sich daraus nichts aus.“ Er ließ nach der Reeling hinunter und kam bald geschäftig wieder herauf. Sein Gesicht war ganz voll Eifer erfüllt, und die Mannschaften sah ihn eifrig an, als er ihnen winkende Schellen anstobte. „Köch'n Lembke wird seine Sache schon machen, bald sein Sie in da, Herr Kapitän“, sagte Christensen im Brustton der Überzeugung. „Das ist gewiß“, bestätigte der Koch. „In welcher Reife steht noch die Köch'n Lembke“, lautete Lembke, der vor Aufregung von einem Bein auf das andere hüpfte. „Er jedem von den Reuten ein Glas, oder bloß ein, Herr?“ „Die Reute dankten ihm und sahen ihn freundlich nach, wie er an Land ging. Dann ging der Koch nach unten, um den Brauwasser zu holen, während Christensen schnell aus dem Loge vier Hühner herauftrug. „Er muß wohl ein andrer Dattel gemacht haben“, lautete Christensen, als der Koch mit einer Flasche nach oben kam, die nur noch einen Schalk enthielt. „Ne andrer Dattel ist nicht da“, sagte der Koch. „Er weiß ja selbst nicht mehr, was er gesagt hat, er ist so aufgeregt.“ Es erkundete ein peinliches Schweigen. Schließlich sagte Christensen: „Dann wissen wir doch mit Kopf oder Schwanz auszugehen, das heißt, wenn nicht die anderen darauf beschließen wollen.“ „Soll oder nicht“, riefen die drei mit einem Mann. Christensen lachte, und jedes hatte einige Wägen hervor.

Der Preis ist an Christensen, der sich gegen die Anwesenheit lebte und langsam die Luft schluckte in sein Glas laufen ließ. „Da ist mehr da, als ich dachte“, bemerkte Christensen überaus. „Da, das kommt bei Budd in vor.“ „Ne, nein!“ lautete Köch'n gemütlich. „Ich habe, daß Sie immer etwas für den Dattel habt.“ „Du soll doch nicht alles ausgehen, Herr?“ fragte Christensen unglücklich. „Sie schüttelte den Kopf. „Für einmal ist das zuviel“, sagte er, nahm den Krug zwischen seine Arme und sah nach dem Lande hinüber. „Dann hier er fort.“ Das macht einen ganz warm. „So in Domankländer hab ich in mein gansen Leben noch nicht getrunken. Ich bin schon ganz duffig.“ Der Koch geriet vor Reide keine in Fieberfieber. Seine Erregtheit steigerte sich noch, als der Junge das Glas wieder an seine Lippen hielt, es langsam leerte und dann seinem Gefährten gab, um es auszuwaschen. „Stehs hinter begabten sich alle Mann an Land, wo sie flambaus der Landstraße spazieren gingen und sich die Zeit bis zum Beginn der Feterlächel damit vertreiben, daß sie eine Jagd auf die Reimen Jungen veranlassen. Die mit Steinen nach ihren Hülsen schickten und sie am Reife trafen. Glücklicherweise war ganz ruhig; nur Frau Petersens Gays befand sich in einem Zustand von Aufregung. Frauen mit Schokolade im Munde wanderten ruhig hin und her; sobald sie einer der beiden Sträße ansichtig wurden, liefen sie sie an die Reide und trafen dann zurück, um die Wirkung zu prüfen. Christensen lachte, in welchem Maß, hielt sich ganz still und gerade. Frau Petersens in Reidehosen waren besonders beherrschend und ihre die Güte einzeln jagte bis zur Gänze, um einen Blick auf die Landstraße zu werfen. Und immer war noch nichts von Köch'n Lembke zu sehen. „Es wird nicht viel Zeit, daß sie kommen“, meinte Frau Petersens mit einer Stimme. (Fortsetzung folgt.)

Familiennachrichten.



Als Opfer des Weltkrieges starb am 30. Januar 1916, nachdem er 18 Monate als Sirapazent des Feldzuges mitgemacht hat, durch Granatverletzung mein innigstgeliebter, unvergesslicher Gatte, der treusorgende Vater seiner beiden Lieblichen Gatte, der treusorgende Vater seiner beiden Lieblichen, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel und Nefte, der Krankenträger

Karl Hampel

Grenadier-Regiment Nr. 11, 9. Kompagnie im blühenden Alter von 27 Jahren. Breslau, Trebnitzerstraße 60

In tiefstem Schmerz:

- Emille Hampel geb. Korn, als Gattin
Hans Werner als Söhne
August Hampel als Eltern
Marta Hampel als Eltern
Sofie Möller verw. gew. Korn, als Schwiegermutter
Paul, z. Zeit im Felde als Brüder
Fritz Hedwig, als Schwester
Emma Jakob, als Schwägerin
Familie Christoph
Familie Schreiner.

Wie jung hast Du uns geliebet. Wie gut hast Du's mit uns gemeint; Wie vielen Noth hast Du geübet. So lang Du warst mit uns vereint. Magst Du auch in fremder Erde Zur Ruh' gebettet sein. Du wirst in unseren Herzen Doch nie vergessen sein.

Stadt-Theater.

Mittwoch 7 1/2 Uhr: „Der Croubador“
Donnerstag 6 1/2 Uhr: „Die Meißnerfuger von Nürnberg“
Freitag 7 1/2 Uhr: „Mona Lisa“

Lobe-Theater.

Mittwoch 8 Uhr: „Schneider Wibbel“
Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Schülererziehung“
Freitag 8 1/2 Uhr: „Wilhelm Tell“

Thalia-Theater.

Mittwoch 8 Uhr Gruppe P: „Es lebe das Leben“
Donnerstag 8 1/2 Uhr: „Der Weibstanzel“

Schauspielhaus

Operetten-Saal Telch. 2543.
Freitag und Samstag 8 Uhr: „Der Gladausfürst“

Liebig Theater

Allabendlich 8 Uhr:

A.I.L.I.

(Aufins Liebig)
Großes Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz in 9 Bildern.

3 neue aufsehenerregende Bühneneffekte:
Fremde Invasoren
Waldraus
Licht und Wasser.

Unter anderem neu:
Otto Reutter's neueste Schiager:
Die Ballade von der Marmelade
„s ist Krieg“

Viktoria-Theater

Heute Mittwoch, den 1. März
Erstes Gastspiel
Ferry Sikla
„Pipin der Kleine“

Am 27. Februar starb unser Hülfsge. der Steinarbeiter
Karl Barofske
im Alter von 31 Jahren.

Am 27. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Steinarbeiter
Karl Barofske
im Alter von 31 Jahren 5 Monaten.

Am 27. v. M. verschied plötzlich unser Kollege, der Steinmetz
Julius Wende.
Ein ehrendes Andenken sichern ihm

Am 26. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden unser treuer Mitglied, der Bucher
Oskar Maschke
im Alter von 34 Jahren.

Imperialismus und Demokratie

Zeltgarten

Ab 1. März vollständig
Neuer Spielplan

- Mieze Masella
3 Buccaris
Astrid Wiffing
Hans Bayer
Ada Meine
Walter Sturm
Pitt
Geschwister Baffot
Grete Berg
Zeltgarten-Lichtspiele
Im Tunnel

Humboldt-Verein.

Donnerstag, den 2. März
abends 8 Uhr

Vortrag

von Frau Geheimrat
Marie Wegner:
Was wird aus den überlebenden Frauen nach dem Kriege?

zum Anbau von Kartoffeln und Gemüse

Karze alte Schränke,
Kleiner alte Schränke,
große Kleider-Schränke

Granny,
Gebäudeverträge Pohl.

Arbeiter-Frauen
Inherenten der „Volkswacht“

Konfirmanden-Anzüge
L. Prager

Städt. Handelsschule.

Das neue Schuljahr beginnt am 1. April.
Anmeldungen beim Direktor Taschenstraße 22.

Einfegnungs-Anzüge

in blauen und schwarzen Kammgarn-, Cheviot- und Diagonalstoffen.

Vorzügliche Verarbeitung im eigenen Betriebe

Von Mt. 13.50 beginnend in allen Preislagen.

Kreutzberger

Reuschestraße 7.

Vornehme eigenartige Augengläser

mit gewölbten Hohlgläsern „Punktal“ in allen möglichen Zusammenstellungen empfiehlt, 8876

Augenuntersuchung zwecks Zuteilung der richtigen Gläser unter Garantie,
Rich. Fiedler, Optiker

Breslau, I Albrechtstraße 10
II Schweidnitzer Straße 41/42.

Achtung Wiederverkäufer!
Carl Wiedemann, Breslau I,
Große Weißbergstraße 3. — Telefon 11673

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate

in der Volkswacht kosten die kleine Zeile

nur 15 Pfennige.

Stellmacher, Schmiede, Schlosser

finden lohnende Beschäftigung bei
F. W. Rosenbaum, Abt. Wagenbau, Breslau 24,
Gräbschenerstraße 251.

Schmiedemeister

militärfrei, für Steinbruchbetrieb in Schlesien, mit allen vorkommend. Arbeiten vertraut, z. sofort Antritt gesucht.

Völker & Nicolaier, Granitwerke, Breslau XIII.

Schuhmacher

für erprobte Zementarbeit und Mittelarbeit such:
Wilhelm Eckert, Julestraße 22/24.

Deutscher

Schlesische Mühlenwerke
Mikroskopische, Breslau, Schillerstraße 2.

Schlosser-Schmied

Ph. Mayfarth & Co.
Kaiser-Wilhelmstraße 5.

Die Politik unserer Partei.

Von G. d. Bernstein.

2. Die Antwort.

Der Bruch in der Internationale der Sozialdemokratie ist verursacht durch den Gegensatz zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie, dem zugrunde liegen:

1. Die Anschauung der Franzosen, daß das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie zum Kriege einen Verrat an den Grundgedanken der Internationale gleichkomme, und die Weigerung der Deutschen, die Deutschen als Glied der Internationale anzuerkennen, solange diese an ihrer jetzigen Politik festhalten.

2. Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen und Franzosen über die Behandlung der Frage Elsaß-Lothringens.

Was zunächst diesen letzteren Punkt betrifft, so nehmen zurzeit beide Parteien, worunter hier stets die beiderseitigen Mehrheiten verstanden sind, einen Standpunkt ein, der vor dem Richterstuhl des demokratischen Gedankens nicht besteht. Die Franzosen stellen im Manifest ihres jüngsten Parteitag als eines der Kriegsziele im Namen des unverjährbaren Rechts die Wiederherstellung des Verbandes auf, das vor 1871 zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen bestanden habe, mit dem Zusatz, daß nach dem dieses Recht wiederhergestellt worden, Frankreich sich so gerecht und weitbildend zeigen werde, Elsaß-Lothringen aufzufordern, feierlich selbst zu erklären, daß es zur französischen Gemeinschaft gehören wolle. Das ist aber eine überaus gewundene Formel, die demokratisch gemeint sein mag, die aber faktisch zum Vorwand für politische Schamhüte nach Art der bonapartistischen Plebiszitis gebraucht werden kann, dieser Zerrbilder der Demokratie. Auf Grund dieser Formel ist eine Verständigung zwischen deutscher und französischer Sozialdemokratie um so schwerer möglich, als die Franzosen zwar im Recht sind, wenn sie sich darauf berufen, daß die nackte Gewalt der Eroberer kein Rechtsverhältnis schafft, aber im Unrecht, wenn sie die Verhältnisse, die eine über vier Jahrzehnte sich ausdehnende staatsrechtliche und wirtschaftspolitische Zusammengehörigkeit schafft, einfach ignorieren zu können glauben. Die deutsche Sozialdemokratie ihrerseits wiederum verleugnet alles demokratische Recht, wenn sie, wie dies in den von der Mehrheit der Reichstagsdelegation beschlossenen Beschlüssen geschieht, die Frage Elsaß-Lothringens in Uebereinstimmung mit den Rechtsgefühlen der herrschenden Klassen lediglich als eine Frage des auf die Macht gestützten Besitzes behandelt. Wollen wir uns des Anspruchs auf den Namen unserer Partei nicht begeben, so dürfen wir nicht imgerade die Annahme des demokratischen Rechts der politischen Selbstbestimmung der Völker zurückweisen. Wir können nicht beitreten, daß der bisherige Pakt zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie, die Frage Elsaß-Lothringens nicht zum Anlaß eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich werden zu lassen, durch die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich entkräftet worden ist, und müssen nunmehr suchen zu verhindern, daß die Frage Ursache eines unüberbrückbaren Konflikts zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie und damit zugleich der Spaltung der Internationale selbst werde. Das aber ist nur durch Festhalten am Grundgedanke des demokratischen Selbstbestimmungsrechts zu erzielen. Diesen wir den Beweis, daß die deutsche Sozialdemokratie jenem Grundgedanke nicht untreu geworden ist, und begreifen ihrerseits die französischen Sozialisten, daß gerade zufolge seiner kein deutscher Sozialdemokrat in eine gewaltsame Loslösung Elsaß-Lothringens aus dem deutschen Verbände willigen kann, dann wird unschwer Verständigung über eine Formel zu erzielen sein, die der besonderen Lage und den aus ihr sich ergebenden besonderen Aufgaben jeder der beiden Parteien gerecht wird.

Mit anderen Worten, es muß das gegenseitige Vertrauen in die Sittlichkeit des demokratischen und internationalen Empfindens wiederhergestellt werden, das zwischen beiden Parteien bis zum Ausbruch des Krieges bestanden hat. Dies leitet zur ersten der oben gekennzeichneten Konfliktursachen über.

Die Anschauung, daß die deutsche Sozialdemokratie durch ihre politische Haltung zum Kriege sich an der Internationale verzeihen hat, ist bekanntlich nicht nur bei den Franzosen vorherrschend vertreten. Sie ist die Anschauung der überwiegenden Mehrheit der Sektionen der Internationale. Unsere Abstimmung vom 4. August 1914 hat in der ganzen außerdeutschen sozialistischen Welt eine schmerzliche Enttäuschung hervorgerufen und dem Vertrauen in unsere Partei einen schweren Stoß verleiht. Zuerst läßt man für jene Abstimmung, so verhängnisvoll sie in ihren Wirkungen gewesen ist, doch selbst seitens der französischen Sozialisten den milderen Umstand gelten, daß die Situation am 4. August 1914 für uns nicht klar genug war, um ein sicheres Urteil zu ermöglichen. Dieser mildere Umstand besteht aber nach Ansicht der französischen Sozialisten nicht mehr, seit jeder mögliche Zweifel hinsichtlich der Entstehungsumstände des Krieges in Wegfall gekommen sei. Der Krieg habe damit seinen Anfang genommen, daß Österreich-Ungarn ihn an Serbien, Deutschland ihn an Rußland und Frankreich erklärte, obwohl die angegriffenen Staaten ihre Bereitwilligkeit zur schiedlichen Erledigung der obwaltenden Streitfragen erklärt hätten. Er sei seitens der Angreifer ein vorbedachter Krieg um Machterweiterung auf Kosten der Ruhe Europas und werde mit Ausübung von Maßnahmen geführt, die kein Sozialdemokrat gutheißen oder gar unterstützen dürfe. Gegenwärtig alles dessen die deutsche Sozialdemokratie die Bewilligung der Kriegskredite und moralische Unterstützung der Reichsregierung im Kriege fort, so erweise sich damit ihr Bekenntnis zum Internationalismus als bloßer Wortkultus, entbehren die Beteuerungen ihres Friedenswillens jeder Wirkungskraft und seien ihre Erklärungen gegen Anzeigenspflichten umso wertloser, als der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Entschlüsse der Reichsregierung in diesen Fragen gleich Null sei und jeder nachträgliche Protest von ihrer Seite unberücksichtigt bleibe.

Man kann über die Voraussetzungen, die diesen Sätzen zu

abgeleiteten Folgerungen von unbewinglicher Logik sind. Meine Ueberzeugung geht nun dahin, daß von diesen Voraussetzungen zwar nicht alles, aber doch soviel zutrifft, um es uns zu verbieten, durch unsere parlamentarischen Abstimmungen eine politische Mitverantwortung für den Krieg auf uns zu nehmen.

Von den Einwänden, die hiergegen geltend gemacht werden, scheint mir der folgende den tiefsten Eindruck zu machen und auch am meisten Anspruch auf ernsthafte Beantwortung zu haben. Man sagt, mag der Ursprung des Krieges gewesen sein, welcher er wolle, die Schuld an ihm sich verteilen, wie sie will, der Krieg sei einmal da, er habe sich zu einem Krieg um die Stellung Deutschlands in Europa und seine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten gestaltet und da sei die deutsche Sozialdemokratie es der Selbsterhaltung ihres Landes schuldig, der Regierung, unbeschadet aller sonstigen Gegnerschaft, die Mittel zur Landesverteidigung zu bewilligen. In dieser Argumentierung steckt aber ein sehr verhängnisvoller politischer Trugschluß.

Läßt man sie nämlich gelten, so entzieht man damit der Demokratie ein sehr wichtiges Druckmittel auf die auswärtige Politik der jeweiligen Regierung. Man stellt Regierenden, die von Draufgängerforderungen beherrscht sind, geradezu einen Freibrief aus, ihr Land ohne viel Ueberlegung in einen Krieg um Leben und Tod zu verwickeln. Demis kann auch der Sozialdemokratie als Opposition der Verlauf und Ausgang des Krieges nicht gleichgültig sein. Sie kann nicht die Nation entgelten lassen wollen, was jeweilige Machthaber verschuldet haben. Sie wird also in ernsthafte Situation ihre Opposition nicht zur Obstruktion der Landesverteidigung ausmachen lassen. Sie wird die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten nicht in Frage stellen.

Wie weit man jedoch den Rahmen dieser Pflichten ziehen mag, so reicht er doch nicht so weit, auch die Uebernahme der politischen Mitverantwortung an der Führung des Krieges zu umschließen. Solche politische Mitverantwortung übernimmt aber, wer die Mittel zur Kriegsführung bewilligt. Die Abstimmung über Regierungsmittel ist mehr als die bloße Erfüllung einer staatsbürgerlichen Pflicht, sie ist selbst ein Stück Regierungsgewalt und mit den höheren Verantwortungen eines solchen behaftet. Eine demokratische Partei kann daher Kriegsmittel nur dann bewilligen, wenn sie entweder an der Art und Weise der Führung des Krieges und der Festsetzung seiner Ziele ein Mitbestimmungsrecht hat oder in die Regierung das Vertrauen setzt, daß sie bei beiden in ihrem Sinne verfahren werde.

Nun hat die Sozialdemokratie nicht nur keine Spur eines Mitbestimmungsrechts hinsichtlich der Art und Weise der Kriegsführung, sie hat in Bezug auf sie nicht einmal die Möglichkeit einer, ihren Namen verdienenden Kritik. Mag man das letztere mit dem Hinweis auf die Erfordernisse des Krieges entschuldigen, so wird doch niemand die Tatsache selbst bestreiten. Wie wenig aber von einem Mitbestimmungsrecht der Sozialdemokratie bei der Festsetzung der Kriegsziele der Reichsregierung die Rede ist, hat gerade der Ausgang der Debatte vom 9. Dezember über die Freiheitsinterpellation der Sozialdemokratie gezeigt. Mit der Auffassung der Sozialdemokratie von den Bedingungen eines wahren und erstrebenswerten Friedensschlusses, wie Genosse Schickelmann namens der Fraktion bei Begründung der Interpellation sie entwickelte, steht die Sozialdemokratie, trotz aller Zugeständnisse an die gegebenen Machtverhältnisse, im Reichstag vereinzelt da. Die Erklärung, die Herr Spahn namens der gesamten bürgerlichen Parteien verlas, ist ihr direktes Gegenteil. Und die Antwort des Kanzlers sagt in dem, im ersten dieser Artikel wiedergegebenen Sätzen genug, um erkennen zu lassen, daß auch kein Programm um eine ganze Welt von dem Programm abweicht, das den Grundgedanken der Sozialdemokratie entsprechen würde.

Nun sagt man vielfach in unseren Reihen, Herr von Bethmann-Hollweg sei immerhin in seinen Zielen vernünftiger und maßvoller, als die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme etwa eines Teiles der Volksparteier, und daher müssen wir Sozialdemokraten ihn im Widerstand gegen die von rechts her auf ihn Eindringenden stützen. Ich will das Erstere gelten lassen. Ein Mann in der Stellung des deutschen Reichskanzlers hat zuviel Einblick in die realen Machtverhältnisse, um sich auf das weltpolitische Glücksspiel einzulassen, das ihm die um Westarp, Hedwig und Bassermann zumuten. Aber darum ist er noch lange nicht unser Mann, ist, wie seine Ziele nicht die unsern sind, auch seine Politik nicht die unsere, kann sie es gar nicht sein. Und so kann denn auch die Sozialdemokratie den Kanzler immer nur von Fall zu Fall und in dem Sinne stützen, daß sie, wo er vernünftiger ist als seine guten Freunde auf der Rechten und in der Mitte des Hauses, den möglichst harmlosen Gegendruck gegen diese entlastet. Das haben wir früher schon Vorgängern des Kanzlers gegenüber getan, — man denke an unser Verhalten in den Fragen der Handelsverträge — und weiter zu gehen in der Unterstützung würde ihm nichts nützen und uns nur schaden. Einer wäre dabei immer der Heilige, und nach aller menschlichen Berechnung würde diese Rolle uns zufallen. Wir würden uns selbst betrügen, würden unser besseres Teil hingeben, um hinterher uns in lahmten Protesten Luft machen zu müssen.

Von Friedrich II. von Preußen wird berichtet, er habe auf die Frage, warum er nicht die deutsche Literatur besonnen habe, geantwortet, er habe der deutschen Literatur vielleicht eben dadurch den größeren Dienst geleistet, daß er sie nicht begünstigt habe. Darin steckt ein großes Stück Wahrheit, das mit der entsprechenden Anwendung auf unseren Fall zutrifft.

Wir können nicht des Kanzlers Gönner oder Hüter sein. Was bei demselben gerichtet ist, das ist bei uns nicht zu machen.

forderungen ausulegen. Unter dem Gesichtspunkt ihres Zwecks betrachtet, war die Rede ein dialektisches Meisterwerk. Auf das von der bürgerlichen Presse bediente Inland und das ganze Ausland ist aber gerade dieser lobenswerte Zweck vollständig verfehlt worden. Sie haben sich an die Ankündigung von der Veränderung der „Machtgrundlagen“ Belgien gegenüber an das Wort von der Beseitigung der „Einfallstore“ usw. gehalten und daraus den Schluß gezogen, daß der Kanzler, wenn er kann, Politik nach dem Geschmack der Rechten und nicht nach den Wünschen der Linken verfolgen wird.

Daran ist zum mindesten so viel richtig, daß die Einwirkungen auf den Kanzler von rechts her unendlich viel mehr soziale Macht repräsentieren, als wir bei der jetzigen Politik der Fraktion ins Spiel bringen, und der Kanzler rechnet zuletzt bei seinen Entscheidungen mit dem Machtverhältnis der Parteien. Er legt dabei, und von seinem Standpunkt aus mit Recht, die Sozialdemokratie für das in die Rechnung ein, was sie an politischer Kraft zu entfalten imstande ist. Das wird aber um so weniger sein, je mehr wir die hinter uns liegenden Massen das Bewußtsein von der besonderen Mission der sozialistischen Arbeiterchaft im Weltkriege verlieren lassen.

Nur als Partei der entschiedenen und grundsätzlichen Opposition kann die Sozialdemokratie im jetzigen Kriege der ihr speziell obliegenden Mission gerecht werden und den Personen und Elementen kraftvoll Deckung bieten, die auf einen Europa wiederherstellenden Frieden abzielen. Mit Halbfelten ist da nichts getan. Und wir können unsere Oppositionsstellung nur durch die Art unserer Abstimmungen in voller Klarheit zum Ausdruck bringen.

Die Vorstellung, daß wir durch Ablehnung von Kriegskrediten uns für die Wehrlosigkeit Deutschlands aussprechen, ist durchaus irrig. Wir stimmen ja nicht mit verbundenen Augen ab, sondern mit voller Kenntnis der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Wir wissen, daß unser Nein die Bewilligung der Kredite durch die Mehrheit nicht verhindert. Das bedeutet aber nicht etwa, daß wir auf das Ja dieser Mehrheit spekulieren. Bei unserer Abstimmung sind wir von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine unseren Grundgedanken entsprechende Politik dem deutschen Volke ohne Verzug einen guten Frieden bringen würde. Sie gibt uns die innere Kraft zur Opposition, sie legt uns aber auch die Pflicht zur Opposition auf. Wir können nicht in einem Atemzug die Verantwortung für eine unseren Grundgedanken entgegengegesetzte Politik und Kriegsführung ablehnen und die Mittel für sie bewilligen.

„Was ver schlägt es“, schreibt der belgische Sozialist Louis de Broeckere, einer der geschicktesten, hochsinnigsten Vertreter der belgischen Sozialdemokratie, in einem Brief an die Pariser Humanité vom 6. Februar, „was ver schlägt es, wenn Schickelmann auf einem Kongreß für die Unabhängigkeit Belgiens stimmt, sobald er im Reichstag die für die Erhebung Belgiens notwendigen Kredite bewilligt?“

Dieser kurze Satz stellt an einem greifbaren Beispiel die Frage, über die wir uns früher oder später werden entscheiden müssen, wenn wir nicht auf jede wirksame Aktion der Internationale für die Befreiung der Völker jetzt und in aller absehbaren Zukunft Verzicht leisten wollen. Treffend heißt es in dem gleichen Brief de Broeckeres:

„Die Internationale darf nicht eine Akademie spekulierender Philosophen sein, sie kann nur als streitbare Organisation bestehen. Ihre Aufgabe ist nicht, über die Ereignisse lebhaft Besprechungen anzustellen, sondern auf sie einzuwirken.“

„Einen kleinen Körper mit einer großen Seele“ nannte vor viereinhalb Jahrzehnten der Spanier Emilio Castelar die junge Internationale. Es liegt an uns, an der stärksten Sektion der herangereiften Internationale, daß nicht das Urteil der Geschichte über ihr Verhalten in der jetzigen Weltkatastrophe lauten wird: „Ein großer Körper mit einer kleinen Seele.“ Wir könnten Großes errichten, wenn wir uns über die kleinlichen Berechnungen des Tages erheben und unser Tun durch den Blick auf das große Ganze der proletarischen Welt bestimmen lassen wollten. Wir brauchen darum kein patriotisches Empfinden edler Art zu verleihen, keinem berechtigten Interesse des deutschen Volkes gegenüber uns gleichgültig verhalten. Man kann die radikalste Politik in solcher Weise vertreten, daß sie selbst dem entschiedensten Gegner Achtung abnötigt. Und wer sollte das mehr können als wir, wenn wir uns gegenwärtig halten, daß gerade eine Politik, die von den Grundgedanken der Internationale durchdrungen ist, dem deutschen Volke am meisten zum Heile gereichen und allen denen als Rückhalt willkommen sein wird, die von anderen Verbindungen her für die baldige Wiederherstellung Europas arbeiten.

Wir verzichten darauf, den Ausführungen des Genossen Bernstein, der in der „Volkswacht“ sowie nur selten und unvollkommen zum Wort kommt, in einem weiteren Artikel entgegenzutreten. Unsere Leser werden aus unserer gesamten Haltung zu erkennen vermögen, wo unsere Wünsche und Ansichten mit denen des Genossen Bernstein übereinstimmen und wo sie sich trennen. Das wird auch in den zukünftigen Auslassungen zu diesen Fragen zum Ausdruck kommen. Der Hauptpunkt ist jedoch, daß wir glauben, die deutsche Sozialdemokratie hat mit ihrer Kreditbewilligung nichts anderes getan, als die französische und englische auch (die der kriegführenden Regierung sogar Minister stellen). Die deutsche Sozialdemokratie aber hat mehr getan, sie hat häßlich Verbindung mit den Genossen der feindlichen Länder gesucht, ist aber von diesen abgewiesen worden. Ihr liegt es also nicht, wenn zu unserm Bedauern diese Verständigung ausbleibt. Darin, daß die Franzosen und Engländer sagen, wir bewilligen die Kriegskredite weiter, ihr aber darfst das nicht tun — können wir einen Schritt zum Frieden nicht erblicken. Und

Neuere Breslauer Nachrichten.

* Kellerdiebstahl. In der Zeit vom 25. bis 27. Februar ist in einem verschlossenen Keller des Hauses Gabisstraße 150 A eingebrochen worden...

* Bahnhofsdiebstahl. In dem Varietraum 4. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofes wurde am 28. Februar ein Arbeiter, der an einem Tische eingeschlafen war, der Betrag von 24 Mark aus der Tasche gestohlen...

* Ein Kinderwagen mit Kartoffeln gestohlen. Aus dem Hofe des Grundstücks Bahnhofsstraße 4 ist am Montag nachmittags ein Kinderwagen, auf dem sich ein Zentner Kartoffeln befand, entwendet worden.

* Vom Lieferwagen gestohlen wurde am 26. Februar vormittags in dem Hofe des Grundstücks Junfermannstraße 5 ein blaues Damenautomobil mit zwei mit Treppen besetzten Sitzen und schwarzen Aufsätzen und ein schwarzes Koffein mit einem mit Treppen besetzten Hintel und Knöpfen, beide mit grober Seide gefüttert.

* Städtisch unverteilt geblieben. Am Montag nachmittags wurde ein Schulmädchen, das in der Nähe des Waterlooplatzes über den Straßendammbaum fiel, ohne gewahrt zu werden, das ein Straßenbahnwagen daherkam, von diesem unversehrt und es wurde unter den verbleibenden Teil des Verkehrs...

* Zusammenstoß. Auf der Viktoriastraße fuhr am Montag nachmittags ein Straßenbahnwagen mit einem Koffeinwagen zusammen, wobei der vordere Teil des Lieferwagens etwas eingedrückt wurde. Die Schuld an dem Zusammenstoß konnte nicht festgestellt werden.

* Städtische Erkrastung. Am Montag nachmittags wurde ein Trainingsfeld zusammengebrochen, welches bewacht wurde. Ein Wagen des Gardekorps wurde beschlagnahmt, der von Glatz nach Breslau überführt wurde.

Theater, Konzerte und Veranstaltungen.

* Stadttheater. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr. Der Zauber der Nacht. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr. Die Weibsbinder von Zumborger. Freitag abend 7 1/2 Uhr. Die Weibsbinder von Zumborger.

* Operntheater. Mittwoch abend 8 Uhr. Die Entführung aus dem Serail. Donnerstag abend 8 Uhr. Die Entführung aus dem Serail. Freitag abend 8 Uhr. Die Entführung aus dem Serail.

* Schauspielhaus. Mittwoch abend 8 Uhr. Die Entführung aus dem Serail. Donnerstag abend 8 Uhr. Die Entführung aus dem Serail. Freitag abend 8 Uhr. Die Entführung aus dem Serail.

* Stadttheater. Samstag abend 7 1/2 Uhr. Die Entführung aus dem Serail. Sonntag abend 7 1/2 Uhr. Die Entführung aus dem Serail. Montag abend 7 1/2 Uhr. Die Entführung aus dem Serail.

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* Sittoria-Theater. Heute Mittwoch, den 1. März, Theater in Berlin. Aufführung von 'Ripin der Kleine'...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

* R. E. Humboldtstraße. Die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt haben Sie als Pflanzgüter nicht zu bekommen...

Briefkasten.

Beschwerden der Redaktion: Samstag 12-1 Uhr Mittags. Beschwerden werden ausschließlich nicht erstellt.

* Nr. 140. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 141. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 142. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 143. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 144. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 145. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 146. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 147. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

* Nr. 148. Ja, Sie können gegen den vorigen Bescheid Einspruch einlegen. Am besten ist es, Sie übergeben die Sache einem Rechtsanwalt...

Aus der Geschäftswelt.

Die Wirkung des Zogal. Unter Vermeidung ist nicht am schmerzvollsten Mittel. Die stets wiederkehrende Frage der Versteigerung, das die gebräuchlichsten Mittel unannehmliche Annehmlichkeiten und Nachwirkungen haben...

Gebr. Meister Albrechtstr. 40, part. I. u. II. Et. Kamin- und Ofen-Verkauf. in bekannt guter Ausführung. Dreifach von Mk. 14.50 an.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Verzeichnis von Bezugsquellen in der Provinz. Kategorien: Brieg, Bunzlau, Glogau, Jauer, Neumarkt, Ohlau, Peisterwitz, Strehlen, Trebnitz, Hundsfeld, Klettendorf-Hartlieb, Rosenthal-Carlowitz, Schottwitz-Friedewalde, Gr.-Tschansch, Kl.-Tschansch, Woichwitz. Umfasst Adressen, Telefonnummern und Produktangebote.